

Michalski, Wolfgang

Article — Digitized Version

Die Außenhandelssituation der Bundesrepublik Deutschland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Michalski, Wolfgang (1966) : Die Außenhandelssituation der Bundesrepublik Deutschland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 4, pp. 203-207

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133586>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

M (BRD) : Außenwirtschaft

Die Außenhandelssituation der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Wolfgang Michalski, Hamburg

Im deutschen Außenhandel hat sich die Tendenz fortgesetzt, die sich bereits im Herbst 1964 andeutete. Das Jahr 1965 brachte trotz des im internationalen Vergleich beträchtlichen Anstiegs der Ausfuhren um 10,5% mit 1,2 Mrd. DM den geringsten Exportüberschuß seit 1955. Angesichts der um fast 20% gewachsenen Einfuhren und des schrumpfenden Außenhandelsaldos stellt sich die Frage, ob es sich bei dieser Entwicklung um den Beginn einer langfristigen Abschwächung oder lediglich um einen kurzfristigen, vorwiegend konjunkturell bedingten Rückgang handelt, der schon in diesem oder im nächsten Jahr überwunden sein dürfte.

Die Vielfalt der Faktoren, von denen die Außenhandelssituation der Bundesrepublik bestimmt wird, macht es allerdings schwierig, längerfristige Prognosen ohne eine Vielzahl spekulativer Annahmen zu stellen. Soweit es um eine Vorausschau geht, müssen sich darum die folgenden Überlegungen weitgehend auf das laufende Jahr beschränken. Da zukünftige Prozesse jedoch immer in irgendeiner Hinsicht die Fortsetzung von Gegebenheiten der Vergangenheit darstellen, erscheint es zudem zweckmäßig, sowohl bei der Ausfuhr als auch bei der Einfuhr, zunächst die bisherige Entwicklung zu untersuchen und erst dann jeweils die Frage nach den Aussichten für 1966 zu stellen.

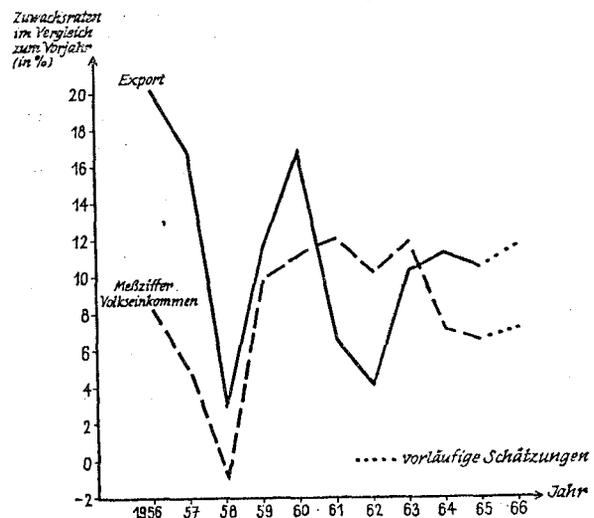
BISHERIGE UND ZUKUNFTIGE ENTWICKLUNG DES EXPORTS

Fast drei Viertel der deutschen Exporte werden heute von den EWG-Partnern, den EFTA-Ländern und den Vereinigten Staaten gekauft. Setzt man die Werte der deutschen Ausfuhr und die Höhe des Volkseinkommens dieser Länder zueinander in Beziehung und berücksichtigt man dabei die relative Bedeutung, die diese Länder jeweils im Rahmen der deutschen Ausfuhr gehabt haben, so ergibt sich eine erstaunliche Gleichförmigkeit in der Entwicklung. Außer in den Jahren 1961 und 1964 entsprechen für den ganzen Zeitraum von 1956 bis 1965 steigende Zuwachsraten des deutschen Exports steigenden Zuwachsraten für die aggregierte Meßziffer des Volkseinkommens unserer Haupthandelspartner. Deutlich zeigt sich hier, daß der Export eines Landes entscheidend vom wirtschaftlichen Wachstum und der jeweiligen Konjunkturlage

bei seinen wichtigsten Abnehmerländern abhängt. Daß dies für die Bundesrepublik Deutschland in ganz besonderem Maße gilt, dürfte seine Erklärung vor allem darin finden, daß über 80% der deutschen Ausfuhr aus Erzeugnissen bestehen, die in der Statistik unter den Kategorien Investitionsgüter und Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien zusammengefaßt werden.

Auch die Abweichungen der Jahre 1961 und 1964 vermögen die obige Feststellung nicht in Frage zu stellen. Sie sind lediglich als ein Anzeichen dafür anzu-

Abbildung 1
Entwicklung des deutschen Exports
und des Volkseinkommens der wichtigsten
deutschen Handelspartner



sehen, daß es neben der Volkseinkommensentwicklung im Ausland noch andere Bestimmungsgründe für den deutschen Export gibt und daß diese zu jenen Zeitpunkten offenbar stärkeres Gewicht erlangt haben. Die nach der Volkseinkommensmeßziffer unserer Handelspartner nicht zu erwartende Verlangsamung der deutschen Ausfuhr im Jahre 1961 wurde außer durch die derzeitige Lohnkosten- und Preisentwicklung vor allem durch die Aufwertung bedingt. Und auch im Jahre 1964 dürfte die Lohnkosten- und Preisentwicklung mehr als sonst ausschlaggebend gewesen sein. In diesem Fall wirkte sie allerdings im Gegen-

satz zu 1961 stimulierend auf den Export, denn 1964 sind die Lohnkosten und Preise in Deutschland im Vergleich zum Ausland besonders gering angestiegen.

Soll die voraussichtliche Entwicklung der deutschen Ausfuhr im Jahre 1966 bestimmt werden, so muß man sich also in erster Linie an den Vorausschätzungen für das Wirtschaftswachstum und die Investitionstätigkeit in den EWG-Staaten, in den EFTA-Ländern und in den USA orientieren.

In Frankreich, das 1964 rund 11 % der deutschen Exporte aufnahm, wird nach der Beruhigung des letzten Jahres für 1966 wieder mit einer leichten Expansion gerechnet. Anreize zu Investitionen werden von der mit der Beschäftigung zunehmenden Nachfrage der Rentenerhöhung und einem allgemeinen Nachholbedarf an langlebigen Konsumgütern ausgehen. Günstig sind die Aussichten auch darum, weil Finanzierungsmittel in großem Umfang zur Verfügung stehen und das Hineinwachsen in die noch vorhandenen freien Kapazitäten zunächst größere Output-Erhöhungen ohne Preissteigerungen gestattet. Darüber hinaus wirken ebenfalls die jüngsten Maßnahmen der französischen Regierung zur Steigerung der Investitionsneigung durch steuerliche Begünstigungen privater Investitionen und leichte Preisauflockerungen auf einen Konjunkturaufschwung hin. Für 1966 kann mit einer realen Zunahme des Bruttosozialprodukts um 4,7 % gegenüber 2,5 % im vergangenen Jahr gerechnet werden; die Steigerung der Bruttoanlageinvestitionen wird zumindest wie im Vorjahr etwa 5 % betragen.

In den Niederlanden, deren Anteil am deutschen Gesamtexport 1965 rd. 10 % betrug, wird sich auch im kommenden Jahr das kräftige Wachstum fortsetzen. Die Produktion wird vor allem im Bereich der Erdgasförderung und der Textilindustrie stärker steigen als im vergangenen Jahr. Im Rahmen der privaten Investitionen dürften nicht zuletzt die Lager von Rohstoffen und Fertigwaren weiter aufgefüllt werden. Insgesamt schätzt man die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts auf 5,5 % gegenüber 5 % im Vorjahr. Für die Bruttoanlageinvestitionen wird ein Zuwachs von 8,5 % gegenüber 6 % in der Vorperiode angenommen.

Ähnlich wie für Frankreich wird auch für die Belgisch-Luxemburgische Wirtschafts-Union eine leichte — jedoch immer noch unter dem EWG-Durchschnitt liegende — Beschleunigung des Wachstums vorausgesagt. In Belgien wird die sinkende Ausfuhr weitgehend durch eine Zunahme der Inlandsnachfrage ausgeglichen werden können. Eine erhöhte Investitionstätigkeit erhofft man sich von umfangreichen Investitionen des Auslands und der Lockerung der Kreditbremse. Demgegenüber werden in Luxemburg die Investitionen weiter abnehmen. Ein bescheidenes Wachstum könnte aus Investitionen des Staates und des Nicht-Montanbereiches resultieren. Insgesamt wird mit einer Zunahme des realen Sozial-

produkts von knapp 3,5 % gegenüber 3 % im Vorjahr gerechnet. Für die Bruttoanlageinvestitionen erwartet man eine Zunahme von 2 % gegenüber minus 2 % im vergangenen Jahr.

In Italien, das 1965 etwa 6,5 % der deutschen Exporte aufnahm und das einzige der Hauptkäuferländer war, das einen absoluten Rückgang der Nachfrage nach deutschen Exportgütern aufwies, wird für das laufende Jahr mit einer spürbaren Wiederbelebung der Konjunktur gerechnet. Die umfangreichen staatlichen Maßnahmen im Bereich der Kreditversorgung der Klein- und Mittelbetriebe und der Textilindustrie sowie die Regelungen zur Überwindung der Krise im Wohnungsbau und zur Stützung öffentlicher Unternehmen werden zwar sicherlich nur verzögert wirksam werden. Aber trotzdem dürfte auf Grund der sich langsam bessernden Ertragssituation der Unternehmen, der zunehmenden Inlandsnachfrage und der für 1966 gleichbleibend hohen Exportaufträge eine Steigerung der Bruttoanlageinvestitionen um 5 % gegenüber einer Abnahme um 11 % im vergangenen Jahr nicht unwahrscheinlich sein. Das reale Bruttosozialprodukt wird sich bei dieser Annahme sodann um 4,5 % gegenüber 3 % im Vorjahr erhöhen.

Geht man davon aus, daß die Entwicklung des Volkseinkommens und — wegen des Übergewichts der Investitionsgüter im Rahmen der deutschen Ausfuhr — ebenso die Entwicklung der Bruttoinvestitionen bei unseren Handelspartnern zu den wichtigsten Bestimmungsfaktoren unseres Exports gehören, so ergibt sich unter Vernachlässigung der anderen Einflußfaktoren für den EWG-Bereich eindeutig, daß die deutsche Ausfuhr 1966 eine höhere Zuwachsrate als 1965 aufweisen wird.

Die Vereinigten Staaten, die im vergangenen Jahr rd. 8 % der deutschen Exportgüter kauften und damit nach den einzelnen EWG-Ländern der wichtigste Abnehmer unserer Ausfuhren sind, befinden sich seit 1961 ununterbrochen in einer wirtschaftlichen Aufschwungphase.

Auch die Prognosen für 1966 sind durchweg optimistisch. Die Produktion und Produktivität werden weiter kräftig zunehmen. Trotz nunmehr erreichter Vollbeschäftigung ist die Kosten-Erlös-Situation günstig. Die Gefahr der Preissteigerung durch erhöhten Konsum wird gering eingeschätzt, da das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer infolge der erhöhten Sozialbeiträge langsamer wachsen wird als das Bruttoeinkommen. Das Bruttosozialprodukt wird real um gut 5 % zunehmen, und die Zuwachsrate der privaten Bruttoanlageinvestitionen dürfte sogar noch etwas höher liegen.

Weniger günstig sind die Aussichten für eine Erhöhung des wirtschaftlichen Wachstums in den EFTA-Staaten. Für Österreich und die Schweiz, die 1965 zusammen rund 12 % der deutschen Exporte aufnahmen, ist auf Grund der im vergangenen Jahr ein-

geleiteten Restriktionspolitik mit einer leichten Abschwächung der Expansion zu rechnen. Ebenso ist für Großbritannien im kommenden Jahr eher eine Fortsetzung der Stagnation als ein fühlbarer Aufschwung anzunehmen. Zwar scheint die akute Abwertungsgefahr für das Pfund im Augenblick abgewendet, doch wirkt die immer noch angespannte Arbeitssituation und die um einige einkommenspolitische Maßnahmen bereicherte „stop-and-go“-Politik durchaus nicht investitionsfördernd. Auch die Bereitstellung billiger Finanzierungsmittel und die Reform des Abschreibungssystems werden zudem kaum beachtenswerte Anreize schaffen.

In den skandinavischen Staaten herrschte 1965 weiterhin Hochkonjunktur. Die bei fast völliger Kapazitätsauslastung und Vollbeschäftigung steigende Inlandsnachfrage wurde durch die expansive Haushaltspolitik besonders in Schweden und Dänemark zusätzlich verstärkt und verursachte im vergangenen Jahr nicht unerhebliche Preissteigerungen. Die aus diesem Grunde eingeleitete Restriktionspolitik dürfte im laufenden Jahr zu einer leichten Verlangsamung des Wachstums beitragen. Lediglich für Schweden wird mit einer geringfügigen Zunahme der Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr gerechnet.

Da rund 70 % der deutschen Exporte auf die hier betrachteten Länder entfallen, läßt sich aus dem Überblick über die Prognosen für das wirtschaftliche Wachstum und die Investitionstätigkeit im Jahre 1966 ein erstes Zwischenergebnis gewinnen. Unter dem Gesichtspunkt, daß die Exporte der Bundesrepublik in hohem Maße vom Wirtschaftswachstum dieser Länder abhängen, kann für das laufende Jahr bei der Ausfuhr wieder mit einer leicht erhöhten Zuwachsrate gerechnet werden.

Ergänzend ist nun die Frage nach dem Einfluß der zukünftigen Preis- und Lohnentwicklung zu stellen. Da die deutschen Kapazitätsreserven fast völlig ausgenutzt sind und die voraussichtliche Beschäftigungszunahme infolge gleichzeitig eintretender Arbeitszeitverkürzungen kaum einen Nettoeffekt haben wird, dürften die Produktivität und das reale Angebot lediglich mit einer Rate von 4 bis 4,5 % wachsen. Demgegenüber ist auch für 1966 in der Bundesrepublik wieder mit einer beträchtlichen Erhöhung der effektiven Gesamtnachfrage zu rechnen. Der daraus resultierende Preisauftrieb wird ebenso wie die zu erwartenden Lohnkostensteigerungen auf den deutschen Export eine retardierende Wirkung haben, wenn nicht die Preis- und Kostensteigerungen bei unseren Hauptabnehmerländern noch höher sein sollten. Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist dies allerdings höchstens für Italien, die Niederlande sowie Dänemark und Schweden und unter Umständen auch für Frankreich anzunehmen.

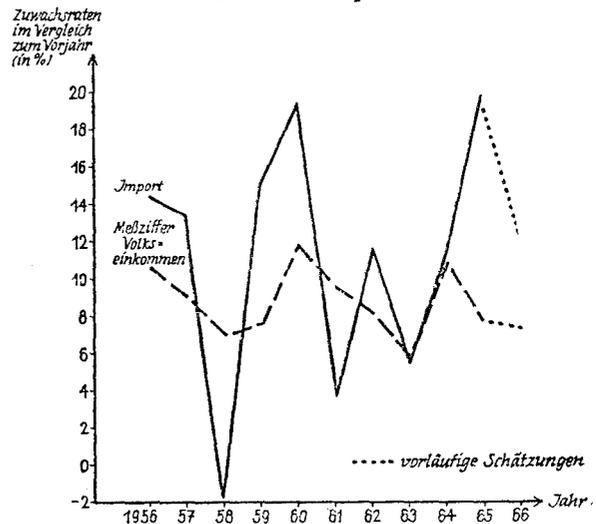
Insgesamt gesehen ist aber wohl zu erwarten, daß sowohl die Abschwächungstendenzen, die durch die

Preis- und Lohnkostenentwicklung verursacht werden, als auch jene, die von der Wachstumsverlangsamung in den EFTA-Ländern ausgehen, durch die Wiederbelebung in Italien und Frankreich ebenso wie durch das anhaltend hohe Wachstum in den USA und in den Niederlanden überkompensiert werden. Auch im Jahre 1966 kann man für den deutschen Export also wieder mit einer steigenden Zuwachsrate rechnen.

BISHERIGE UND ZUKUNFTIGE ENTWICKLUNG DES IMPORTS

Ebenso wie man davon ausgehen konnte, daß die deutschen Exporte vom wirtschaftlichen Wachstum und der konjunkturellen Entwicklung der Abnehmerländer abhängen, kann angenommen werden, daß die deutschen Importe in erster Linie von der Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik bestimmt werden. Der Vergleich der Zuwachsraten von Import und Volkseinkommen zeigt für den Zeitraum von 1956 bis 1964 — mit Ausnahme der aufwertungsbedingten Abweichung im Jahre 1962 — eine durchaus gleichförmige Entwicklung. Das Jahr 1965 jedoch brachte eine unerwartete Gegenläufigkeit: Während die Zuwachs-

Abbildung 2
Entwicklung des Imports und des Volkseinkommens in der Bundesrepublik



rate des Volkseinkommens mit 7,9 % niedriger lag als 1964, stiegen die Importe um 19,8 %, der höchsten Rate seit zwölf Jahren. Die Ursachen für diese Entwicklung sind sehr verschiedenartig.

Erstens bedingte die Übernachfrage auf dem Binnenmarkt bei voller Auslastung der eigenen Produktionskapazität einen ständigen Importsog. In dieser Hinsicht setzte sich eine Tendenz verstärkt fort, die sich bereits gegen Ende des Jahres 1964 andeutete. Dabei wirkte sich besonders die Verflechtung der integrierten Partnerstaaten des EWG-Marktes aus. Zwar weisen auch die Einfuhren aus dem EFTA-Raum mit

13,5% und aus den Vereinigten Staaten mit 14% hohe Zuwachsraten für 1965 auf, doch partizipierten an dem Importboom in erster Linie die EWG-Partner, deren Exporte in die Bundesrepublik um 30,7% stiegen. Der Grund für diesen starken Anstieg ist vor allem in verstärkten Exportanstrengungen Frankreichs und Italiens zu suchen. In beiden Staaten kam es nach den konjunkturellen Überhitzungserscheinungen der letzten Jahre zu einer Krise und damit zu einem Rückgang der Inlandsnachfrage. Die Folge war, daß sich die Unternehmer intensiver als zuvor, und teilweise sogar mit erheblichen Preissenkungen dem Auslandsgeschäft widmeten. Sowohl die freien Kapazitäten als auch der Abbau der Handelshemmnisse haben es sodann ermöglicht, deutsche Aufträge besonders schnell sowie zu günstigen Konditionen zu erfüllen und dadurch im deutschen Markt Fuß zu fassen.

Zweitens schließlich hat 1965 die Einfuhr von ernährungswirtschaftlichen Gütern, die etwa ein Viertel des Gesamtimports ausmacht, erheblich zugenommen. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß die Einfuhr von Ernährungsgütern in jedem Fall weniger von der Zunahme des Volkseinkommens und den Nachfrageelastizitäten als von dem Ergebnis inländischer Ernten und staatlicher Reglementierungen abhängig ist. Importiert wird stets der Teil des Bedarfs, der durch die heimische Produktion nicht gedeckt werden kann. Im vergangenen Jahr mußten in großem Umfang Ernteauffälle durch Einfuhren ausgeglichen werden, so daß allein der Negativsaldo im ernährungswirtschaftlichen Bereich gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Mrd. DM zunahm.

Fragt man nach der voraussichtlichen Entwicklung der deutschen Importe im Jahre 1966, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Zuwachsrate der Einfuhr im Vergleich zum Vorjahr mit großer Wahrscheinlichkeit zumindest nicht zunehmen wird. Die erwartete Abschwächung der Expansion spricht im Gegenteil eher für eine sinkende Zuwachsrate. Sowohl das Brutto-sozialprodukt als auch die Bruttoanlageinvestitionen werden real nur noch um 4 bis 4,5% zunehmen. Im Jahre 1965 betragen die entsprechenden Raten dagegen 4,4% und 6,6%.

Die Käufe ausländischer Rohstoffe und Halbwaren werden sich etwa im Rahmen der Produktionszunahme halten. Eine stärkere Steigerung ist mit Sicherheit nicht zu erwarten. Einerseits ist nämlich nach der Auffüllung der Lager — insbesondere im ersten Halbjahr 1965 — kaum noch mit weiteren umfangreichen spekulativen Käufen zu rechnen. Und andererseits dürfte sich auch im Jahre 1966 die langfristige Tendenz fortsetzen, daß die Bedeutung der Importe von Rohstoffen und Halbwaren für die Bundesrepublik ständig abnimmt. Die Ursachen dafür sind insbesondere in den folgenden Umständen zu suchen: Erstens wachsen einige Industriezweige, wie beispielsweise die Textilindustrie, deren Rohstoffe zu einem großen Teil importiert

werden, weniger stark als andere Industriezweige, die weniger importabhängig sind. Zweitens sind technologische Änderungen im Produktionsprozeß zu beachten. Hingewiesen sei unter anderem auf die rationellere Verwendung der Rohstoffe, auf die wachsende Bedeutung von Substituten, die im Inland produziert werden können, sowie auf den zunehmenden Gebrauch von Altmaterial. Und drittens schließlich dürften auch im Jahre 1966 die Preise auf den internationalen Rohstoffmärkten insgesamt etwa konstant bleiben, so daß die wertmäßige Rohstoffeinfuhr auf keinen Fall schneller zunimmt als die volumenmäßige.

Die Einfuhr kommerzieller Fertigwaren expandierte am Jahresanfang noch etwas stärker als im Vorjahr. Doch ist sowohl wegen des geringeren Zuwachses des privaten Verbrauchs und der Investitionen als auch wegen abnehmender Preisvorteile des Auslandes mit einer leichten Verlangsamung des Importanstiegs gegenüber dem Vorjahr zu rechnen. Die Fertigwareneinfuhr dürfte maximal mit der Rate des Zuwachses des verfügbaren Einkommens steigen.

Die Entwicklung der Einfuhren von ernährungswirtschaftlichen Gütern schließlich kann in die vorliegende Importprognose praktisch nicht einbezogen werden, da die Bestimmungsfaktoren nicht ausschließlich ökonomischer Natur sind. Das gleiche gilt für die Einfuhr von Rüstungsgütern. Da beide Positionen 1965 ein recht hohes Niveau erreicht hatten, dürfte indessen eine noch weiter steigende Zuwachsrate die Alternative mit der geringsten Wahrscheinlichkeit sein.

Insgesamt gesehen kann folglich für 1966 kaum mit einer weiter zunehmenden Wachstumsrate der Einfuhr gerechnet werden. Trotz aller Unsicherheit, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung der nicht primär ökonomisch bedingten Einfuhrpositionen, spricht im Gegenteil vieles für eine sinkende Zuwachsrate.

DIE DEUTSCHE AUSSENHANDELSSITUATION IN WIRTSCHAFTSPOLITISCHER SICHT

Im Jahre 1966 wird aller Wahrscheinlichkeit nach der Export der Bundesrepublik wieder mit einer höheren Zuwachsrate als im Vorjahr steigen, und gleichzeitig dürfte die Importzunahme konstant bleiben oder sogar geringer werden. Der Handelsbilanzsaldo wird zwar nicht das Ausmaß des Überschusses von 1964 erreichen, doch ist ein Anstieg auf etwa 3 Mrd. DM gegenüber 1,2 Mrd. DM im Jahre 1965 — vor allem wegen der günstigen konjunkturellen Entwicklung in den EWG-Partnerstaaten und den USA — durchaus nicht unwahrscheinlich.

Die gesamte außenwirtschaftliche Leistungsbilanz der Bundesrepublik wird indessen trotz der zu erwartenden Erhöhung des Handelsbilanzüberschusses auch im Jahre 1966 passiv bleiben. Dies zeigt sich deutlich, wenn man den Blick auf die deutsche Zahlungsbi-

lanzsituation über den Warenhandel hinaus richtet. Die unentgeltlichen Übertragungen wiesen im Durchschnitt der letzten fünf Jahre einen Passivsaldo von rd. 5 Mrd. DM auf. Die voraussichtliche weitere Verringerung der deutschen Wiedergutmachungsleistungen um 0,2 Mrd. DM wird auch 1966 nur wenig entlastend wirken. Darüber hinaus weist ebenfalls die Dienstleistungsbilanz ein Defizit von nahezu 1,5 Mrd. DM auf. Auch hier kann mit einer wesentlichen Verringerung des Negativsaldos zur Zeit nicht gerechnet werden. Das Defizit im Reiseverkehr wird sich nach bisher vorliegenden Schätzungen um weitere 0,3 Mrd. DM erhöhen. Desgleichen ist eine weitere defizitäre Entwicklung auch bei den Zinsüberweisungen an das Ausland zu erwarten. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß der bestehende Passivsaldo der Dienstleistungsbilanz sogar noch wesentlich größer wäre, wenn nicht die deutschen Leistungen an ausländische militärische Dienststellen in Höhe von rd. 4 Mrd. DM als wichtiger Aktivposten in diese Bilanz eingingen. Eine fühlbare Verschlechterung der Dienstleistungsposition würde demzufolge in dem Augenblick eintreten, in dem die Stärke der ausländischen Truppen auf westdeutschem Boden vermindert wird oder sich die Bundesregierung unmittelbar an der Finanzierung dieser Militärausgaben beteiligen muß. Selbst wenn dieser Aspekt im Moment noch nicht akut zu sein scheint, so kommt ihm in einer längerfristigen Betrachtung der deutschen Zahlungsbilanzsituation jedoch größte Bedeutung zu.

Soll von den Passivierungstendenzen der Zahlungsbilanz in den nächsten Jahren keine retardierende Wirkung auf die weitere Expansion der Gesamtwirtschaft ausgehen, so erscheint eine Verbesserung der deutschen Handelsbilanz — zumindest unter langfristigen Aspekten — dringend notwendig. Da eine Einschränkung der Importe durch außenhandelspolitische

Maßnahmen in größerem Ausmaß weder erwünscht noch möglich ist, muß sich die deutsche Exportwirtschaft verstärkt um die Erhaltung und den systematischen Ausbau der Auslandsmärkte bemühen. Ganz besondere Aufmerksamkeit sollte man in diesem Zusammenhang dem Handel mit den Entwicklungsländern schenken. Denn gerade diese Länder bieten große Chancen für den Investitionsgüterexport, insbesondere wenn es möglich ist, attraktive Zahlungsbedingungen einzuräumen. Hinzu kommt, daß durch die verstärkte Bearbeitung dieser Märkte nicht nur der Umfang der deutschen Ausfuhr gesteigert, sondern gleichzeitig auch die Abhängigkeit unseres Exports von den Konjunkturschwankungen einzelner weniger Länder gemindert werden könnte.

Es wäre allerdings verfehlt, derartige Markterschließungsaufgaben einzig und allein den Exporteuren aufzubürden. Vor allem wegen der ständig wachsenden und zumeist durch staatliche Maßnahmen stark geförderten ausländischen Konkurrenz kann die Erschließung neuer ebenso wie die Ausweitung alter Exportmärkte ohne eine planmäßige Unterstützung durch die Außenhandelspolitik kaum noch erwartet werden. Geeignete Maßnahmen zur Exportförderung wären eine forcierte Marktforschungs- und Messepolitik, die Erhöhung des Plafonds für staatliche Bürgschaften und Garantien, verlängerte Kreditlaufzeiten sowie eine höhere Risikoabsicherung. Angesichts der Tatsache, daß der speziell für diese Fragen zuständige Außenhandelsausschuß unter dem Gesichtspunkt der Straffung der parlamentarischen Arbeit im Ausschuß für Wirtschafts- und Mittelstandsfragen aufgegangen ist, regen sich allerdings berechtigte Zweifel, ob die deutsche Exportwirtschaft die notwendige Unterstützung durch die Bundesregierung in nächster Zeit wirklich erwarten kann.